

Wie ein geistloser Klimakrieg um Energie die Ukraine ausgeliefert hat

geschrieben von Chris Frey | 4. März 2022

[Larry Bell](#)

Die wahnhaftige Energiepolitik der westlichen Staaten gegen Kohlenwasserstoffe, die sich auf die Bekämpfung des Klimawandels als „größte existenzielle Bedrohung“ stützt, wird von weitaus gefährlicheren und furchterregenderen Gegnern ausgenutzt.

Wir werden derzeit Zeuge der tragischen Konsequenzen, die sich aus dem Versagen der vom russischen Öl und Gas abhängigen NATO-Verbündeten – **insbesondere Deutschlands** – ergeben, die brutale Aggression Putins gegen die Ukraine zu verhindern und zu kontern.

Hinzu kommt ein gleichzeitiges politisches Desaster der Biden-Regierung, das gleichzeitig die Energieunabhängigkeit der USA beendet und die Exportkapazitäten erschöpft hat, um die Abhängigkeit der EU von diesen russischen Lieferungen zu verringern.

Deutschland, eine dominierende Wirtschaftsmacht in der EU und ein bemerkenswertes Leichtgewicht in der NATO (nur 1,5 % des BIP für das Militär), ist für mehr als die Hälfte seines Erdgases und ein Viertel seiner Öleinfuhren von Russland [abhängig](#).

Wir sollten uns alle daran erinnern, dass die NATO 1949 von den USA, Kanada und mehreren EU-Ländern ausdrücklich aus genau diesem Grund gegründet wurde: um nach dem Zweiten Weltkrieg kollektive Sicherheit gegen den damaligen Expansionismus der Sowjetunion zu gewährleisten.

Während Amerika weder vertraglich verpflichtet ist noch den Wunsch hat, seine Truppen in einen Krieg in der Ukraine zu verwickeln, die nicht Mitglied der NATO ist, sollten wir uns dennoch an eine Verpflichtung aus dem Jahr 1994 erinnern, die als Budapester [Memorandum](#) bezeichnet wird und in der die USA, Großbritannien und Russland der Ukraine Sicherheitsgarantien im Austausch für ein sehr großes militärisches Zugeständnis zusicherten.

Das Memo beginnt mit der Feststellung, dass die Ukraine sich verpflichtet hatte, „alle Kernwaffen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes aus ihrem Hoheitsgebiet zu entfernen“. Dieser Bestand umfasste etwa 1.800 Kernwaffen, die alle bis 1996 an Russland zurückgegeben wurden.

Die Unterzeichner – darunter auch Russland – „bekräftigten ihre Verpflichtung, sich der Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit der

Ukraine zu enthalten“, „verpflichteten sich, von wirtschaftlichem Zwang gegen die Ukraine abzusehen“ und kamen überein, „den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen um sofortige Maßnahmen zu ersuchen, um der Ukraine im Falle eines ‚Angriffsaktes‘ gegen das Land Unterstützung zu gewähren“.

Der von den Vereinten Nationen geförderte Klimaalarmismus in Bezug auf die Treibhausgasemissionen aus der Verbrennung fossiler Energieträger hatte unerklärlicherweise zur Folge, dass der damalige deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder vor etwa 20 Jahren den Plan fasste, innerhalb von drei Jahrzehnten auch aus der Kernenergie auszusteigen, die keine Kohlenstoffemissionen verursacht.

In Schröders Amtszeit einigten sich Deutschland und Russland auf den Bau der Ostseepipeline Nord Stream, die beide Länder miteinander verbindet.

Nach seiner Wahlniederlage gegen Angela Merkel übernahm Schröder dann den Vorsitz der Aufsichtsräte von Nord Stream und des russischen Ölriesen Rosneft.

Merkel, die 2005 die Nachfolge Schröders antrat, beschleunigte den Prozess, so dass die letzten Atomkraftwerke des Landes in diesem Jahr vom Netz gehen sollen – ein Jahrzehnt früher als geplant.

Bundeskanzlerin Merkel hat sich daraufhin mit Präsident Wladimir Putin zusammengetan, um dem weit verbreiteten Widerstand gegen Nord Stream 2 [entgegenzuwirken](#), einer zweiten Pipeline, die inzwischen [fertiggestellt](#) ist und parallel zur ersten verläuft. Nach ihrer Genehmigung wird sich die Menge des nach Deutschland gelieferten russischen Gases verdoppeln.

Merkel war auch maßgeblich daran beteiligt, russische Gasexporte vor den Sanktionen zu [schützen](#), die nach dem Einmarsch Moskaus in die Ukraine im Jahr 2014 verhängt wurden, und betonte, wie wichtig es sei, die Beziehungen zwischen Europa und Russland zu verbessern.

Es dürfte kaum überraschen, dass die zunehmende Abhängigkeit Deutschlands von Gasimporten Merckels Nachfolger, Bundeskanzler Olaf Scholz, dazu [veranlasste](#), sich für die Aufhebung der Energiesanktionen gegen Russland im Falle eines Überfalls auf die Ukraine einzusetzen.

Berlin, ein wichtiger Waffenexporteur nach Ägypten, weigerte sich sogar, die Ukraine mit Waffen zu beliefern, und [hinderte](#) Estland aktiv daran, dies zu tun. Großbritannien leitete Waffentransfers – darunter etwa 2.000 [Panzerabwehrraketen](#) – um Deutschland herum, um nicht bei der [neuen](#) Regierung von Bundeskanzler Olaf Scholz eine peinliche Überfluggenehmigung einholen zu müssen.

Deutschlands Hoffnung, durch Beschwichtigung dauerhaften russischen Frieden und guten Willen zu gewinnen, ist eine gefährliche Narretei.

Die Ukraine hat dies bereits auf die harte Tour gelernt, als Gazprom 2009 während eines Streits mit weitreichenden regionalen Unterbrechungen

die Gasversorgung für 13 Tage unterbrochen hat.

Diese schmerzhafteste Erfahrung veranlasste einige weitsichtige europäische Länder, mit dem Aufbau umfangreicher Energieinfrastrukturen zu beginnen, um diese Falle zu vermeiden.

Polen und Litauen sind nun nicht mehr auf russisches Gas angewiesen, da sie Lieferungen aus so weit entfernten Ländern wie Australien importieren können.

Kein einziger Aspekt des derzeitigen russischen Energiewürgengriffs auf Europa war notwendig.

[Hervorhebung vom Übersetzer]

Paradoxe Weise verfügt Europa, obwohl seine Gasreserven kleiner sind als die Russlands, möglicherweise über ebenso viel technisch förderbares [Schiefergas](#) wie die USA, dessen Erschließung die Regierungen nicht zulassen wollen.

Erschwerend kommt hinzu, dass eine Verzögerung bei der Windenergieproduktion im letzten Sommer zu steigenden Gaspreisen beigetragen hat, da Europa nun mit geringen Reserven in den Winter geht.

Die Trump-Administration hatte Deutschland gedrängt, Flüssigerdgas-Importterminals zu bauen, um seine Gasversorgung zu diversifizieren, wie es Polen, die Niederlande und Litauen getan haben.

Stattdessen gerieten die deutschen LNG-Terminals in einen Genehmigungsstau, und ein Unternehmen beschloss letztes Jahr, ein LNG-Projekt in ein „grünes Wasserstoffzentrum“ umzuwandeln, einschließlich eines Importterminals für Ammoniak und einer Elektrolyseanlage.

Die Biden-Regierung hat sich direkt an diesem Desaster beteiligt.

Nachdem Joe Biden an seinem ersten Tag im Amt unerklärlicherweise die Genehmigung der amerikanisch-kanadischen Keystone XL-Pipeline aufgehoben hatte, hob er anschließend auch die Sanktionen der Trump-Regierung gegen Nord Stream 2 auf.

Die in die Höhe schießenden US-Preise an der Zapfsäule und die sinkenden Umfragewerte, die größtenteils auf die Anti-Fracking-Politik der Demokraten zurückzuführen sind, haben Präsident Biden seither dazu veranlasst, die OPEC und Russland auf erbärmliche Weise zu bitten, mehr Öl zu fördern.

Als klarer Beweis für die selbstverschuldete Misere [importierten](#) die USA im Jahr 2021 monatlich zwischen 12 und 26 Millionen Barrel russisches Öl, während die Trump-Regierung Amerika nicht nur energieunabhängig, sondern auch zu einem führenden globalen [Exporteur](#) gemacht hatte.

Obwohl Biden sagt, dass er jetzt eine Rückkehr zu den US-Sanktionen gegen Nord Stream 2 [unterstützt](#), und die [Regierung](#) von Bundeskanzler Olaf Scholz zugestimmt hat, die Nutzung vorerst nicht zu genehmigen, bleibt abzuwarten, ob ein kalter, dunkler europäischer Winter dieses Kalkül ändern könnte.

Leider kommen für die Ukraine alle Vorteile, die Russland nach der Invasion hat, tragischerweise viel zu spät.

This piece originally [appeared](#) at NewsMax.com and has been republished here with permission.

Link:

<https://cornwallalliance.org/2022/02/how-a-mindless-climate-war-on-energy-surrendered-ukraine>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE